

Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin

Handlungsempfehlungen für einen zweiten Versuch des Länderzusammenschlusses zwischen Branden- burg und Berlin

Ausgewählte Befragungsergebnisse für die
Pressekonferenz am 8. Dezember 2000

Dipl. Pol. Joachim Kreis
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum, Ihnestraße 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-552037/-55045 (Skr.), Fax (030) 838-54960
E-Mail: joachimk@zedat.fu-berlin.de

Teilergebnisse einer Studie des Otto-Stammer-Zentrums zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der politischen Elite in Berlin und Brandenburg.

Wissenschaftlicher Leiter: Dipl. Pol. Joachim Kreis

Zeitraum: Juli/August 2000

Befragte: 73 Befragte aus Berlin und Brandenburg aus der politischen Elite

Inhalt:

Handlungsempfehlungen	2
Die Zusammenarbeit beider Länder aus Brandenburger und Berliner Sicht	4

Handlungsempfehlungen für die politische Elite in der Region zu einem zweiten Versuch eines Zusammenschlusses der Länder Brandenburg und Berlin.

1. Über den Beginn eines erneuten Anlaufs zur Länderehe sollte frühestens im Jahr 2003 entschieden werden, wenn die Ergebnisse der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches für Brandenburg und Berlin vorliegen.
2. Die Parlamente Brandenburgs und Berlins sollten so früh wie möglich in die Meinungsbildung der Regierungen beider Länder über den Beginn eines erneuten Anlaufes für einen Länderzusammenschluss mit einbezogen sein.
3. Die landespolitische Elite der Region muss die Diskussion mit der kommunalpolitischen Elite über einen Länderzusammenschluss organisieren, um keiner Binnensicht auf Fragen zur Länderehe zu erliegen.
4. Die PDS muss als wichtiger Akteur der Meinungsbildung anerkannt werden.
5. Über den erneuten Versuch zur Länderehe sollte das Ausmaß an mehrheitlicher Zustimmung in den politischen Eliten beider Länder mitentschieden. Es könnte beispielsweise auf Landesparteitagen ermittelt werden.
6. Wenn es eine Entscheidung für einen neuen Anlauf zur Länderehe gibt, dann sollte eine Volksabstimmung im Verlauf der ab dem Jahr 2004 beginnenden Brandenburger und Berliner Legislaturperioden stattfinden. Der konkrete Zeitpunkt sollte eher kurzfristig festgelegt werden.
7. Wenn in der Volksabstimmung mehrheitlich für einen Zusammenschluss gestimmt wird, dann sollte spätestens Ende dieses Jahrzehnts die Länderehe vollzogen werden.
8. Die Parlamente sollten so früh wie möglich an der Meinungsbildung über die konkrete Ausgestaltung einer Länderehe teilhaben.
9. Die Gegner einer Länderehe in der politischen Elite sollten als mögliche Repräsentanten der Gegner in der Bevölkerung begriffen werden. Es sollte nicht versucht werden, sie auf eine Zustimmungslinie zu verpflichten.
10. Mit der Entscheidung, einen erneuten Anlauf zum Zusammenschluss beider Länder zu wagen, sollte die politische Elite eine breite öffentliche Diskussion über das Vorhaben beginnen.
11. Spätestens mit Beginn von Staatsvertragsverhandlungen über den Länderzusammenschluss sollte versucht werden, die Bevölkerung in breitem Umfang in die Diskussion über eine Länderehe mit einzubeziehen.

12. Eine Kampagne für die Länderehe darf es nicht allein in Form einer Werbekampagne geben, die relativ kurz vor einer Volksabstimmung stattfindet.
13. Die Diskussion mit der Bevölkerung sollte häufig in Form direkter Kommunikation von den politischen Eliten in Parteien, Parlamenten, Regierung und Verwaltung geführt werden.
14. Die Diskussion sollte von möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, von Kirchen, Unternehmensverbänden und Gewerkschaften getragen sein.
15. Zu den Schwerpunkten einer Diskussion über die Länderehe sollten die Themen „Wirtschaftsregion“ und „Verhältnis zwischen ländlichem und Ballungsraum“ gehören.
16. In der Diskussion sollten eher rationale, auf den Nutzen einer Länderehe abzielende Argumente ihren Platz haben, wie auch eher emotional begründete Argumente, die sich auf die veränderte Bedeutung beider Länder in einer Länderehe beziehen, oder auf die wechselseitigen Sympathien und Vorurteile der Brandenburger und Berliner.
17. Die Behauptung überwiegender Gemeinsamkeiten und einer geschichtlich begründeten Zusammengehörigkeit von Brandenburg und Berlin ist kein durchschlagendes Argument gegen emotional begründete Vorbehalte und Ängste zur Länderehe.
18. Die Befürworter einer Länderehe sollten in der Diskussion den Nutzen eines Länderzusammenschlusses für die gesamte Region in den Vordergrund ihrer Argumentation stellen.
19. Befürworter und Gegner einer Länderehe sollten versuchen, so konkret und nachvollziehbar wie möglich zu formulieren, wo Vor- oder Nachteile eines Länderzusammenschlusses liegen.
20. Zwischen denjenigen, die sich von einem Länderzusammenschluss begünstigt sehen, und denjenigen, die sich von ihm benachteiligt sehen, sollte eine Diskussion über Möglichkeiten von Nutzensausgleichen stattfinden.
21. Das gegenwärtige Verstehen und Vertrauen zwischen den politischen Eliten Brandenburgs und Berlins in Fragen einer möglichen Länderehe sollte verbessert werden.
22. Die Art und Weise der Aufteilung des Gewinns der gegenwärtigen Kooperation und des Gewinns aus einem möglichen Zusammenschluss beider Länder sollten die politischen Eliten Brandenburgs und Berlins mehr und besser als bisher füreinander öffentlich nachvollziehbar darstellen und begründen.

Die Zusammenarbeit beider Länder aus Brandenburger und Berliner Sicht

Die Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin ist nach Meinung von jeweils ca. 85 Prozent ihrer politischen Eliten ein Gewinnsummen- oder Kooperationsspiel.

Alles in allem wird die gegenwärtige Zusammenarbeit von den politischen Eliten nicht gut bewertet (Tabelle 1). Wie bei jeder Zusammenarbeit von Ländern gibt es Höhen und Tiefen, Erfolge und Misserfolge, gegenseitiges Verstehen und Misstrauen. Für 66 Prozent der Brandenburger und 60 Prozent der Berliner halten sie sich ungefähr die Waage. Doch für 30 Prozent der Brandenburger und 37 Prozent der Berliner politischen Elite scheinen gegenwärtig die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zu überwiegen.

	Berlin	Brandenburg
Eher gut	3	3
Teils/teils	60	66
Schlecht	37	32

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

In der Zusammenarbeit beider Länder wird die wechselseitige Transparenz von Interessen und Absichten nicht sehr hoch eingeschätzt (Tabelle 2). In Brandenburg glauben 33 Prozent der politischen Elite, dass sich beide Seiten wechselseitig sicher einschätzen können. Unter der politischen Elite Berlins halten 50 Prozent eine wechselseitige Transparenz für gegeben. Jeweils ca. 71 Prozent der politischen Eliten Brandenburgs und Berlins glauben, dass ihre Seite sicher von der anderen Seite eingeschätzt wird (Tabelle 3 und Tabelle 4). Doch im Vergleich dazu, sehen nur 50 Prozent der Brandenburger und 58 Prozent der Berliner auf ihrer eigenen Seite eine sichere Einschätzung von Interessen und Absichten der anderen Seite in der Zusammenarbeit beider Länder.

Jeweils beträchtliche Teile der politischen Eliten - in Brandenburg 56 Prozent und in Berlin 34 Prozent (Tabelle 2) – nehmen an, dass die andere Seite sie relativ besser berechnen, als sie selbst die andere Seite berechnen kann. Dies **könnte** auf beiden Seiten zu Überlegungen führen, dass die jeweils andere Sei-

te die vergleichsweise geringere Berechenbarkeit ihrer Interessen und Absichten zu ihrem Vorteil ausnützen will. In einem Kooperationsspiel auf dieser Grundlage wird i.d.R. ein geringerer Kooperationsnutzen für beide erzielt, als eigentlich möglich wäre.

Tabelle 2: Die Meinung der politischen Elite in Brandenburg und Berlin zur Sicherheit der wechselseitigen Einschätzung von Interessen und Absichten (%)		
	Berlin	Brandenburg
Eher sicher für beide Seiten	49	33
Für die eine Seite eher sicher, für die andere eher unsicher	34	56
Eher unsicher für beide Seiten	17	11

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 3: Die Meinung der politischen Elite zur Sicherheit der Brandenburger in der Einschätzung Berliner Interessen und Absichten (%)		
	Berlin	Brandenburg
Eher sicher	71	50
Eher unsicher	29	50

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 4: Die Meinung der politischen Elite zur Sicherheit der Berliner in der Einschätzung Brandenburger Interessen und Absichten (%)		
	Berlin	Brandenburg
Eher sicher	58	72
Eher unsicher	42	28

Politische Elite in der Region, n= 73
Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Die Sicherheit in der wechselseitigen Einschätzung von Interessen und Absichten in der Zusammenarbeit beider Länder wird in zwei Punkten näher untersucht: für die Handlungsorientierung beider Seiten und für die Vorstellungen über die Aufteilung des Gewinns aus der Zusammenarbeit.

Von der politischen Elite Brandenburgs glauben 58 Prozent, dass in der Zusammenarbeit der Länder Brandenburg und Berlin für beide Seiten der gemeinsame Nutzen der Zusammenarbeit am wichtigsten ist (Tabelle 5). Von der politischen Elite Berlins glauben dies nur 38 Prozent. Eine relative Mehrheit von 43 Prozent unter ihr sieht auf Brandenburger Seite andere Handlungsorientierungen als auf Berliner Seite.

Große Teile der politische Eliten – in Brandenburg 85 Prozent und in Berlin 76 Prozent - unterstellen, dass in der Zusammenarbeit beider Länder für ihre eigene Seite das Interesse am gemeinsamen Nutzen, eine kooperative Orientierung im Vordergrund steht (Tabelle 6 und Tabelle 7). Berliner Selbstbild und entsprechendes Brandenburger Fremdbild fallen nicht ganz zusammen, der Unterschied ist mit 13 Prozentpunkten nicht sehr groß. Brandenburger Selbstbild und Berliner Fremdbild fallen jedoch auseinander, der Unterschied beträgt 47 Prozentpunkte. Nur 38 Prozent der Berliner sehen in der Zusammenarbeit beider Länder eine Orientierung der Brandenburger am gemeinsamen Nutzen. Eine Mehrheit von 52 Prozent bei der Berliner politischen Elite nimmt auf Brandenburger Seite eher eine sogenannte landesegoistische Orientierung wahr. Im Vordergrund der Zusammenarbeit steht dabei, keine Nachteile gegenüber der anderen Seite zu erleiden, und Rückstände gegenüber der anderen Seite aufzuholen. Dieser Unterschied in den wechselseitigen Wahrnehmungen **könnte** zu einer Quelle des Misstrauens zwischen den politischen Eliten Brandenburgs und Berlins werden.

Eine weitere mögliche Störquelle **könnte** im Unterschied liegen zwischen beider Selbsteinschätzung als vorwiegend kooperativ, und den Ergebnissen bisheriger Untersuchungen über die enge Zusammenarbeit von Bundesländern, wie beispielsweise über die Zusammenarbeit zwischen Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Dort werden die Akteure als vorwiegend landesegoistisch beschrieben. Die meisten der Brandenburger und Berliner politischen Eliten sehen auf ihrer jeweiligen Seite die kooperative Orientierung weit überwiegen. Sie sehen sich vielleicht selbst zu sehr durch eine rosa-rote Brille, vermeinen von ihrer Seite zu sehr, sie verfolge in der Zusammenarbeit mehr das Gemeinsame beider Länder und weniger das Eigene. Die im Prozess der realen Zusammenarbeit zwischen Ländern üblichen Mühen, Rückschläge und Interessenunterschiede können so eher dem mangelnden guten Willen der anderen Seite zugeschrieben werden – die eigene Seite bringt genügend guten Willen auf - als den in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten. Die Folge davon **könnte** eine wechselseitige Enttäuschung sein.

In ihren wechselseitigen Vorstellungen über die Verteilung des Gewinns aus der Zusammenarbeit beider Länder zeigen sich zwischen den politischen Eliten

Brandenburgs und Berlins ebenfalls größere Unterschiede (Tabelle 8). Unter den Brandenburgern meinen 38 Prozent, dass beide Seiten den Gewinn unter dem Gesichtspunkt des jeweils vergleichsweise höheren Bedarfs einer Seite verteilt wissen wollen. Von den Berlinern gehen nur 3 Prozent davon, dass beide Seiten diese Verteilungsnorm anwenden wollen. Die Mehrheit unter ihnen, 56 Prozent, sehen eher, dass beide Seiten sich unterscheidende Verteilungsvorstellungen haben. Von den Brandenburgern teilen 38 Prozent diese Sicht.

Die politische Elite in Brandenburg geht in ihrer Mehrheit - mit 55 Prozent – davon aus, dass ihre Seite in der Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und Berlin als Verteilungsnorm für den Gewinn aus der Zusammenarbeit den jeweils vergleichsweise höheren Bedarf einer Seite angewendet wissen will (Tabelle 9). Doch nur 16 Prozent der politischen Elite in Berlin meint, dass die Brandenburger Seite diese Verteilungsnorm vertritt. Die relative Mehrheit von 39 Prozent von ihr glaubt eher, dass die Brandenburger Seite das Verteilungskriterium des Leistungsbeitrages anwenden will. Von ihrer eigenen Seite nimmt 48 Prozent der politischen Elite Berlins an, dass sie ebenfalls das Verteilungskriterium Leistungsbeitrag für angemessen hält (Tabelle 10). Dagegen nimmt die relative Mehrheit von 42 Prozent der politischen Elite in Brandenburg an, dass die Berliner Seite das Verteilungskriterium des vergleichsweise höheren Bedarfs präferiert.

Tabelle 5: Die Meinung der politischen Elite zur wechselseitigen Handlungsorientierung in der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Am wichtigsten ist für beide Seiten...		
Der gemeinsamen Nutzen (kooperativ)	38	58
Keine Nachteile hinzunehmen, Rückstände aufzuholen (landesegoistisch)	19	5
Unterschiedliche Orientierungen	43	37

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 6: Die Meinung der politischen Elite zur Handlungsorientierung der Brandenburger in der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Am wichtigsten ist für die Brandenburger...		
Der gemeinsamen Nutzen (kooperativ)	38	85
Keine Nachteile hinzunehmen, Rückstände aufzuholen (landesegoistisch)	52	15
Vorsprünge gegenüber Brandenburg zu verteidigen (kompetitiv)	10	0

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 7: Die Meinung der politischen Elite zur Handlungsorientierung der Berliner in der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Am wichtigsten ist für die Berliner...		
Der gemeinsamen Nutzen (kooperativ)	76	63
Keine Nachteile hinzunehmen, Rückstände aufzuholen (landesegoistisch)	24	21
Vorsprünge gegenüber Brandenburg zu verteidigen (kompetitiv)	0	16

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 8: Die Meinung der politischen Elite zur wechselseitigen Vorstellung über die Verteilung des Nutzens der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Beide Seiten wollen den Nutzen aufteilen je nach...		
Durchsetzungsfähigkeit	3	3
Leistungsbeitrag	25	16
Hälfte/Hälfte	13	5
Vergleichsweise höherem Bedarf	3	38
Unterschiedlichen Verteilungsvorstellungen	56	38

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 9: Die Meinung der politischen Elite zur Vorstellung der Brandenburger über die Verteilung des Nutzens der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Die Brandenburger wollen den Nutzen aufteilen je nach...		
Durchsetzungsfähigkeit	11	3
Leistungsbeitrag	39	26
Hälfte/Hälfte	33	16
Vergleichsweise höherem Bedarf	16	55

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum

Tabelle 10: Die Meinung der politischen Elite zur Vorstellung der Berliner über die Verteilung des Nutzens der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin (%)		
	Berlin	Brandenburg
Die Berliner wollen den Nutzen aufteilen je nach...		
Durchsetzungsfähigkeit	6	24
Leistungsbeitrag	48	29
Hälfte/Hälfte	19	5
Vergleichsweise höherem Bedarf	28	42

Politische Elite in der Region, n= 73
 Datenquelle: Otto-Stammer-Zentrum